

Maahnruf

Organ der Marxisten-Internationalisten Oesterreichs

Zu beziehen durch
Josef Güttel, Wien, XXI., Stryeckgasse 4
Redaktion: Wien, V., Gartengasse 1/13.

WIEN
Nr. 1 Jänner 1934 6. Jahrg.

Erscheint 14-tägig. — Preis bei Arbeitslosenvermittlungen und Auszahlungsstellen 12 Groschen.
Abonnement vierteljährig S — 90.

Das Jahr 1 der faschistischen Diktatur

In Strömen von Blut geht das erste Jahr der faschistischen Diktatur zu Ende. Die Hoffnung so vieler, daß der enfesselte Terror im März nur eine Episode sein wird, hat sich als trügerisch erwiesen. Das Ende des blutigen Jahres steht im Zeichen einer neuen Terrorwelle von ungeheuren Ausmaßen; Massenverhaftungen, Massenermordungen und immer neue Opfer, die unter dem Henkerbeil verbluten.

Und ebenso zusammengebrochen ist die andere Illusion, der sich so viele der Besten hingaben: daß das faschistische Regime sich durch seine eigenen inneren Widersprüche in die Luft sprengen wird. Die »vorübergehende Umgruppierung«, das »zeitweilige Ausweichen der revolutionären Kräfte«, von der die Stalinisten im April und Mai gesprochen haben, sie ist heute jedem Arbeiter klar als eine furchtbare Niederlage, die das deutsche Proletariat erlitten hat. Unsere Aufgabe als Marxisten-Internationalisten besteht nicht darin, uns über die wirkliche Lage zu täuschen, sondern »auszusprechen was ist«, aus den Niederlagen zu lernen und so die Voraussetzung für den neuen Aufstieg der deutschen Arbeiterbewegung zu schaffen.

Wir haben bereits im Sommer in unserer Presse darauf hingewiesen, daß die Massenbasis des Faschismus schwächer und daß gerade darum der Terror weiter zunehmen wird. Steht damit nicht das Plebiszit vom 12. November im Widerspruch? Selbst wenn wir ganz von dem ungeheuerlichen Wahlschwindel absehen, so bleibt die Tatsache bestehen, daß Millionen, die für Hitler gestimmt haben, nur dem furchtbaren Terror erliegen sind, der jedem Gegner der faschistischen Diktatur als Hochverräter brandmarkierte und mit dem Konzentrationslager und Schlimmeren bedrohte. Das wirkliche Bild der Massenstimmungen ist aus ganz anderen Erscheinungen erkennbar als aus einer gefälschten Wahlstatistik.

Innerhalb der Arbeiterklasse ist die stumme Feindschaft gegen das faschistische Regime weitergewachsen. Noch ist nicht an einen wirklichen und ernsthaften Widerstand der Arbeiterklasse zu denken, noch sind wir weit von der Anwendung der klassischen Kampfformen des Proletariats, von Massenaktionen und Streiks entfernt. Aber die Brücke, die von der Apathie zum Kampf führt, ist sichtbar geworden: es ist der **passive Widerstand**, den die Arbeiterklasse als Kampfweise elementar anzuwenden begonnen hat. Das Erntedankfest war hier der erste Auftakt und seither ist der passive Widerstand gewachsen: der Widerstand gegen die Beteiligung bei den faschistischen Aufmärschen, bei den »freiwilligen Spenden«, der Widerstand gegen die faschistische Presse, die die Arbeiter boykottieren. Und wenn selbst bei den »Wahlen« des 12. November da und dort die Arbeiter spontan zum Boykott übergingen, wie bei den Thyssenwerken in Mülheim, den städtischen Angestellten in Cöpenick, dann sind das alles »Zeichen der Zeit«. Auch Hitler kennt sie. Darum ging er in die Siemenswerke am Vorabend des Plebiszits und zwang ganz Deutschland, seine Rede anzuhören. Darum schafft Ley seine Organisationen zur Überwachung des proletarischen Feierabends (»Kraft durch Freude«). Und darum wird jetzt die Arbeitsfront aus einer Sammlung faschisierter ehemaliger Gewerkschaften, in denen noch da und dort Zentren sind, deren sich die Arbeiter bei ihren Widerstandsversuchen bedienen könnten, in eine einzige niebehaftete Gewaltorganisation umgewandelt werden, in der die faschistische Pranke die deutschen Arbeiter mit noch eisernerem Griffen umspannt.

Aber weder der Terror noch neue Organisationsformen werden den beginnenden passiven Widerstand im deutschen Proletariat brechen. Im Gegenteil, er wächst nicht nur innerhalb des Proletariats weiter, sondern er greift auch auf andere Teile des Volkes über. In dieser Beziehung ist sowohl der **Kirchenkonflikt**, wie die neue Verfolgung katholischer Priester, insbesondere in Bayern symptomatisch. Woher kommt denn plötzlich der Mut der tausenden Pa-

Konjunktur in Deutschland?

Fast täglich berichtet die deutsche, gleichgeschaltete Presse: die deutsche Wirtschaft belebt sich, die Produktionsziffern der Industrie gehen in die Höhe, die Erwerbslosenziffern sinken oder nehmen in letzter Zeit nur in einem viel langsamerem Tempo zu, als das in den letzten Jahren um diese Jahreszeit der Fall war. Mit einem Wort — die Konjunktur beginnt! Wir befinden uns sozusagen bereits mitten in ihr.

Mit der gleichen Regelmäßigkeit berichtet aber auch die illegale Presse der KPD in Deutschland, die legale Presse der Komintern und der bürgerlichen Emigranten und Nichtemigranten im Ausland, daß sich Hitler nicht nur politisch, sondern auch ökonomisch in einer sich immer mehr zuspitzenden Krise befindet und überläßt es dem Leser, sich die Prognose des endgültigen Termins des Zusammenbruchs zu stellen. (Siehe auch den letzten Wirtschaftsbericht E. Vargas in der »Rundschau« vom 18. Nov. 33, der mit der Überschrift beginnt: Der deutsche Faschismus in der Sackgasse).

Die Kominternpresse (illegale und legale) be ruht sich auch bei ihren Behauptungen über die weitere Verschärfung der deutschen Wirtschaftskrise auf die Tatsache, daß die Gesamtbeschäftigung der Arbeiter gesunken ist, und zwar allein in der Zeit vom Januar bis Juli dieses Jahres von 934 Millionen Mark auf 875 Millionen Mark, d. h. um rund 21 Prozent. **Soweit daraus eine Verschärfung der Krise des Kapitalismus in Deutschland gefolgert wird, ist das grundfalsch.** Diese Ziffern beweisen nichts weiter, als daß die Widerstandskraft des Proletariats durch die

kampflose Niederlage so geschwächt wurde, daß es unfähig ist, den ungeheuren Lohnraub zu verhindern. Wer natürlich, wie das die Komintern tut, eine Niederlage nicht zugeben will, ist solchen Dingen gegenüber blind. Die weitere, verschärfte Ausbeutung des Proletariats muß nicht gleichbedeutend mit einer weiteren Verschärfung der Krise des deutschen Kapitalismus sein. Sicher, in nichtfaschistischen Ländern mag das noch eher zutreffen, weil hier eine solche Lohnschumpfung, wie wir sie in Deutschland sehen, wohl nicht ohne Erschütterungen des Kapitalismus in Form der gewalttätigen Unterbrechung des Produktionsprozesses, wie durch Streiks und größere Unruhen, hingenommen würde. Auch in Deutschland befürchtete der Faschismus — trotz aller Terrororganisationen — Beunruhigungen, denn er nahm wenigstens in Worten gegen die sich zur gleichen Zeit vollziehenden Verteuerung der Lebensmittel und anderer zum notwendigsten Leben benötigter Waren Stellung. Z. B. erklärte in einem bekannten Berliner Klub ein führender Nationalsozialist: »Wenn die Herren Arbeitgeber nicht bald Vernunft annehmen, so können sie im Konzentrationslager gemeinsam das Lied singen: Die Preise hoch, Kartelle festgeschlossen (Parodie auf das Horst Wessellied)«. Aber es blieb infolge der Schwäche der Arbeiter auch nur bei den Worten. Am selben Tage nämlich erklärte auch der Treuhänder der Arbeit für Westfalen, daß er **Preiserhöhungen einzelner Fabrikanten nicht dulden werde.** Es ist eine feststehende Tatsache, daß Reallohn und Nominallohn systematisch gesenkt werden und wurden. Selbst die »Frankfurter Zeitung«

storen, die sich der faschistischen Kirchenfraktion, den »Deutschen Christen« entgegenstellten und von den Kanzeln herab zum Widerstand gegen die »Ketzer« aufriefen? Die jetzt sogar die Kirchenfaschisten zum Rückzug zwingen? Die Herren Pastoren der evangelischen Kirche schöpfen ihren Widerstandsgest nicht aus dem alten Testament, das sie gegen die »SA Jesu« verteidigen; wären es ideologische Momente, wäre es der reine Glauben, nun, die Herren Pastoren haben in den neun Monaten der faschistischen Schreckensherrschaft in Deutschlands Zeit genug gehabt, darüber nachzudenken, wie sie die Rassenlehre Hitlers mit den Glaubenssätzen der Kirche vereinbaren können und sie hätten — käme ihr Widerstand aus dem reinen Glauben — schon längst zum Angriff geblasen.

Die Kraft, die die Herren Pastoren auf den Kanzeln die Zunge löste, kam nicht vom alten und nicht vom neuen Testament, sie wuchs und näherte sich an dem unterirdischen Grollen, das durch die enttäuschte Kirchengemeinde geht, in der die Kleinbürger und Bauern das Lied vom dritten Reich singen können, in dem die Reichen noch reichler und die Armen noch ärmer werden, in dem auf die demokratische Korruption die tausendmal größere faschistische, auf den republikanischen Bürokratismus der tausendmal größere faschistische, auf die Protektionwirtschaft der Weimarer die Postenjagd der NSAP-Banden gefolgt ist. Steuern und Teuerung, die fortschreitende Rechtsunsicherheit, und das Grauen über das Blutmeer des Terrors — all das wirkt zusammen und schwillt in den nichtproletarischen Massen an und sucht nach Ausdruck. Darum sehen wir nicht nur im evangelischen Kirchenkonflikt die Pastoren »wieder den Antichrist« auf die Kanzel steigen, sondern wir hören von zahlreichen Verhaftungen im katholischen Klerus, der nicht weniger unter dem Druck der wachsenden Massenunruhe steht, wie der protestantische.

Wir sprechen hier nicht über die Wirtschaftslage im dritten Reich; das geschieht an anderer Stelle. Aber überblicken wir auch nur oberflächlich die gegenwärtige Lage in Deutschland, dann können wir sagen: Mag Göring in die eigenen Hände die geheime Staatspolizei nehmen, mögen auch die Henker die

Besten aufs Schaffot führen, sie werden den Geist des Widerstandes in der deutschen Arbeiterklasse nicht ausrotten können, sie werden es nicht verhindern können, daß die Kräfte des Widerstandes weiterwachsen.

Die Bilanz der Arbeiterorganisationen am Ende des Jahres I der faschistischen Diktatur ist alles eher als günstig: der furchtbare Terror hat grauenhafte Lücken geschlagen, aber nicht der Feind allein hat die Arbeiterorganisationen geschwächt. Die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse ist innerlich nicht gewachsen, sie hat weder aus den Fehlern, die zur Niederlage geführt haben, noch aus der Niederlage selbst etwas gelernt. Trotz des Heroismus ihrer Kader, trotz des Mutes auch großer Teile der stalinistischen Gruppe, die für die Niederlagen-Politik die volle Verantwortung trägt, ist die Partei heute innerlich zerrüttet, vermag sie selbst nicht die vorhandenen Kräfte des proletarischen Widerstandes politisch weiterzuentwickeln und organisatorisch zu umfassen. Der Prozeß des Überganges sozialdemokratischer Arbeiter zur Partei ist nicht weitergewachsen, die illegalen sozialdemokratischen Kader, obgleich sie zum Teil nichts von der Prager Cliquen wissen wollen, stehen der revolutionären Partei infolge ihrer falschen Politik ablehnend, ja, häufig sogar feindlich gegenüber. Die Sammlung der Arbeiterklasse, um das Banner des revolutionären Marxismus entwickelt sich unter der Führung der stalinistischen Gruppe nicht weiter.

Gerade aus dieser, in den Reihen der kämpfenden KPD-Kader wachsenden Erkenntnis, schöpft unsere Richtung ihre Kraft. Wenn heute unsere Gruppe als eine der klarsten, der mutigsten und aktivsten in der illegalen Bewegung anerkannt ist, obgleich sie am Beginn der Illegalität eine kleine Gruppe war, wenn sich heute die Besten der revolutionären Jugend des Proletariats um unsere Fahnen sammeln, wenn wir wachsen trotz der mörderischen Schläge, die auch uns der Gegner zufügt — so einzig und allein deswegen, weil wir in unseren Reihen die wirkliche proletarische Demokratie besitzen, weil wir uns kämpfend unsere Plattform gegeben haben, die von den Ereignissen selbst ihre Bestätigung gefunden hat.

von Ende November muß das mit den Worten bestätigen: daß das Lohnneinkommen des einzelnen Arbeiters eher gefallen als gestiegen ist. Wie gesagt, daß sagt noch garnichts gegen die Konjunkturmeldungen der faschistischen Presse.

In der Niedergangsepoche des Kapitalismus können sich Epochen der zeitweiligen Abschwächung der Krise in einem Lande gar nicht anders vollziehen als auf Kosten der Arbeiterklasse oder aber auf Kosten anderer Staaten. Für Deutschland gilt die Feststellung, daß die Arbeiterklasse infolge des Sieges des Faschismus gegenwärtig unfähig ist, die Lasten der Krise und die Kosten der Milderung der Krise von ihnen Schultern abzuschütteln.

In der Beantwortung der Frage nach der Abschwächung der Krise dürfen wir die Augen vor den Tatsachen nicht verschließen, ohne in das Geschrei der faschistischen Presse mit einzustimmen zu wollen. Es ist nicht wegzuleugnen, daß vom August 1932 bis August 1933 die Beschäftigung in der deutschen Industrie um 7,5 Prozent zugenommen hat. Die Erhöhung der Produktion selbst ist in einem viel höheren Maße, nämlich um 22,4 Prozent, gestiegen. Diese Differenz zwischen Zunahme der Beschäftigung und Zunahme der Produktion zeigt uns einmal, die Ausbeutung durch weitere verschärfte Rationalisierung, durch weitere Zunahme der Intensität der Arbeit und damit zum anderen Male, daß der Kapitalismus gar nicht daran denkt, die vom Faschismus angekündigte Rückkehr zum handwerklichen Betrieb zu unterstützen. Ganz im Gegenteil, die faschistische Wirtschaftspolitik unterstützt den Monopolkapitalismus durch seine Gesetzgebung, u. a. z. B. durch den Druck auf die Außenseiter in die Kartelle einzutreten. Auch der deutsche Export ist seit April dieses Jahres von Monat zu Monat gestiegen, von 381,8 Mill. Mark auf 445,8 Mill. Mark im Monat Oktober. Hierbei muß der stark rückläufige Export nach der USSR berücksichtigt werden. Der von der Sozialdemokratie und den Emigranten gepriesene Boykott deutscher Waren durch die ausländischen Kapitalisten hat sich als Bluff erwiesen. Es ist belustigend, Leopold Schwarzschild über diese Tatsache in seinem »Neuen Tagebuch« folgendermaßen jammern zu hören: »Solange der Kaufmann, der in der kapitalistischen Konkurrenzwirtschaft steht, seinen eigenen Entschlüssen überlassen ist, ist er offenkundig außerstande, sich Nachteile aufzuerlegen oder Vorteile entgegen zu lassen, die seine Konkurrenzfähigkeit beeinträchtigen würden.«

Inwiefern diese Exportsteigerung auf Scrips- und Spermark-Dumping zurückzuführen ist, können wir an dieser Stelle nicht näher untersuchen. Viel wichtiger ist für uns die grundsätzliche Feststellung zur Konjunkturspektive der faschistischen Presse und damit der Faschismus überhaupt. Wie wir aus der Differenz zwischen der geringen Erhöhung der Belegschaftsziffer der Fabriken und der dreifach höheren Produktionssteigerung sehen, sind die Gesetze des Kapitalismus auch unter dem Faschismus nicht aufgehoben. Ohne daß die Krise überwunden ist, beginnt auf der Basis der Krise eine geringe Belebung des Kapitalismus, und dadurch eine Abschwächung der allgemeinen Krise. **Gleichzeitig werden aber schon die neuen Keime der nächsten Krise sichtbar.** Die Arbeitsplatzkapazität der Industrie war erst im Oktober um 50 Prozent ausgenutzt und schon betrug die Industrieproduktion ca. 73 Prozent der von 1928. Noch eine geringe Mehrbeschäftigung der Arbeiter und die Produktionszahlen von 1928 würden weit überholt sein, ohne gleichzeitig die Möglichkeiten des

Absatzes für diese vermehrte Produktion zu haben. (Soweit diese nicht durch Kriegsrüstungen bedingt ist). Die sich jetzt in der deutschen Industrie bemerkbar machende Belebung kann weder einen großen Umfang annehmen noch kann sie eine sehr lange, viele Jahre umfassende Dauer haben. Sie kann weder das Millionenheer der Erwerbslosen aufsaugen, noch die Lage der Werktätigen verbessern. Ja, wie wir schon ausführten, jede Belebung des deutschen Kapitalismus ist nur möglich, auf Grund der unerhörtesten Ausbeutung des Proletariats in der Frage der Lohnkürzung und der Steigerung der Arbeitsintensität.

Und daraus ergibt sich auch die Beantwortung der am Beginn dieser Ausführungen gestellten Frage: **Die weitere scharfe Senkung des Arbeitseinkommens des Proletariats schließt die Milderung der Krise des Kapitalismus nicht aus, sondern ist gerade eine ihrer Voraussetzungen. Die Senkung des Nominal- und Reallohnes, verbunden mit den erzwungenen »freiwilligen Spenden« haben dem Faschismus erlaubt, die Industrie durch Kriegsbestellungen zu beleben, sowie die Ausfuhr zu Schleuderpreisen und mittels Scrips- und Spermark-Dumping zu erhöhen.**

Der Faschismus gibt sich der Hoffnung hin, daß es ihm möglich sein wird, diese Folgen der Niederlage des Proletariats für die Ewigkeit oder wenigstens bis zum nächsten siegreichen Kriege zu erhalten und zu vertiefen. Diesem Zwecke soll die jetzt angeordnete Durchführung der restlosen Auflösung der Gewerkschaften und die restlose Umklammerung der Arbeiterschaft durch die faschistischen Zwangs-

organisationen dienen. Mit der Schaffung der Organisation »Kraft durch Freude« wird auch die Freizeit der Arbeiter auf dem Genauesten kontrolliert werden. Selbst ihre Urlaubstage müssen die Arbeiter künftig in Urlaubslagern, in Zucht und Kameradschaft verbringen.« In seiner Ankündigung dieser Organisation »Kraft durch Freude« erklärte Ley: »Ihr gebt zwar Geld nicht mehr wie früher für eure Streik und Aussparungsfonds, sondern für eure Organisation der Freizeit.« Und in der Denkschrift des preussischen Justizministeriums zur Strafrechtsreform wird der Vorschlag gemacht, Stilllegung und Streiks als Hochverrat zu bestrafen.

Nun, wenn wir auch die Belebung der deutschen Industrie objektiv feststellen und die Gründe in dem Schwächezustand der Arbeiterschaft — hervorgerufen durch das grandiose Versagen ihrer Organisationen — sehen, so sehen wir auch gleichzeitig die ersten Anzeichen des wiedererwachenden, bewußten Klassenkampfes, der zur Sprengung der geschaffenen Zwangsorganisationen und damit zum Sturze dieses Systems führen wird. In den Großbetrieben beginnen die Arbeiter mit der Schaffung eines Netzes von revolutionären Vertrauensmännern, der Vorbedingung zur Sprengung der faschistischen Zwangsorganisationen. In ganz Deutschland hat schon seit langem, mehr oder weniger systematisch organisiert, der Boykott der Spenden eingesetzt. Das erscheint wenig und doch, organisiert, der Boykott der Spenden eingesetzt. Das erscheint wenig und doch, es ist das Anzeichen des wiedererwachenden Klassenkampfes des Proletariats. Angelo.

Der Kampf um das Saarbecken

In der fieberhaften diplomatischen Reisetätigkeit, die dem Zusammenbruch des Völkerbundes gefolgt ist, steht das Saarproblem im Mittelpunkt. Es ist bekannt, daß die Hitlerregierung die sofortige Rückgabe des Saargebiets als eine ihrer Hauptforderungen angemeldet hat. Manche Zeitungen legen diese Forderung so aus, daß die Hitlerregierung eine Niederlage bei der Abstimmung im Januar 1935 befürchtet. Bis jetzt hat Hitler leider keinen Grund, solche Befürchtungen zu hegen, denn die nationalstische Welle an der Saar ist noch im Steigen begriffen, wie wir weiter unten näher ausführen.

Aber das Problem der Beherrschung der Saar wird weder in formeller, noch in faktischer Hinsicht durch die Volksabstimmung im Jahre 1935 entschieden. In formeller Hinsicht ist die Frage der Saar an die Frage des Völkerbundes geknüpft. Mit dem Zusammenbruch des Völkerbundes wird die Saar zu einer machtpolitischen Streitfrage zwischen dem deutschen und französischen Imperialismus. Aber selbst wenn im Januar 1935 der Völkerbund noch irgendwelche Lebenszeichen von sich geben sollte, selbst wenn die Abstimmung an der Saar für Hitler erfolgreich sein sollte, so ist damit die Rückkehr des Saargebiets an Deutschland nicht entschieden. Es ist vorgesehen, daß erstens diese Abstimmung nur ein Wegweiser, nicht aber bindend für den Völkerbund ist. Zweitens kann aber das Saargebiet entsprechend den verschiedenen Abstimmungsdistrikten aufgeteilt werden. Die Distrikte, die für Frankreich sind, werden Frankreich angegliedert und umgekehrt.

Das Proletariat hat keinen Einfluß auf die imperialistischen Mächte, die sich gegenwärtig darüber streiten, wem das Ausbeutungsrecht auf dieses erd- und kohlenreiche Gebiet mit 780.000 Einwohnern zu-

fallen soll, in dem auf der einen Seite der französische Staat als Besitzer eines entscheidenden Teiles der Gruben, auf der anderen Seite der deutsche Schwerindustrielle Hermann Röching aus der stärkste interessiert sind.

Aber das saarländische Proletariat hat ein entscheidendes Interesse daran, ob es zu der kapitalistischen Ausbeutung noch das faschistische Joch tragen soll oder nicht.

In politischer Hinsicht steht das saarländische Proletariat in seiner Mehrheit zur KP, die bei der Wahlen zu den gesetzgebenden Körperschaften 1932 30.000 Stimmen, das sind 23 Prozent aller abgegebenen Stimmen, erhielt. Die SP ist in diesem industriellen Gebiet bedeutend schwächer, hat aber jetzt durch die Emigration aus Deutschland an Bedeutung etwas zugenommen.

Ihre starke Position im saarländischen Proletariat hätten den Kommunisten die Möglichkeit gegeben, zum entscheidenden Faktor der saarländischen Politik zu werden. Daß dies bisher nicht der Fall war, ist auf die verhängnisvollen Schwankungen der Führung zurückzuführen. Wir haben bereits im Oktober auf die damalige Politik der KP hingewiesen, die auf die Frage, welche Haltung die Arbeiter in der Abstimmung einnehmen sollen, keine Antwort gab, sondern zum Kampf für »die roten Freiheitsfähnen von Saarbrücken bis Königsberg« aufforderte.

Dies Politik hat die saarländischen Arbeiter stark erregt, zu Abspaltungen von der KP und zur Gründung einer »saarländischen sozialistischen Partei« geführt, die sich gegen diese Haltung der KP, mit der sie sonst übereinstimmt, wandte und die Lösung für die Autonomie der Saar ausgab.

Pariser Briefe

Das Massenmeeting

Tagelang trommelte die »L'Humanité« Arbeiter, am 19. Dezember kommt in den Luna-Park Massenmeeting für die Rettung Torglers, Dimitroffs, Tanews und Popows. Vor den Betrieben, in den Wagons der Untergrundbahn, morgen, mittags, abends und manchmal noch um Mitternacht. In den Bahnhöfen flatterten die kleinen Flugblätter: »Massenmeeting im Luna-Park! — 19. Dezember — Torgler, Dimitroff, Tanew, Popow. So kam der 19. Dezember. Am Rande von Paris, hinter dem Triumphbogen, bei der Porte Maillot dehnen sich die Riesenhallen des Luna-Park-Etablissement. Hallen von gewaltigem Ausmaß, ohne Stühle, mit breiten Galerien und einer roten, prunkvollen Tribüne.

Acht Uhr abends! Eine halbe Stunde vor Eröffnung des Massenmeetings. Beide Riesensäle sind überfüllt. 20.000 Arbeiter, ein ungeheurer wogender Menschenstrom, droht die Säle zu sprengen und die Galerien scheinen unter der ungeheuerlichen Menschenlast zu bersten.

Aber draußen auf der breiten Avenue de la Grande Armee flutet der Menschenstrom weiter, alle drei Minuten quillt aus dem dunklen Schlund der Untergrundbahn ein neuer Menschenstrom hervor. Arbeiter aus den Fabriken, Handwerker, Frauen und Jugendliche und unter ihnen hunderte, tausende sozialistische Arbeiter, zahlreiche Kleinbürger aus den Pariser Faubourgs. Halb 9 Uhr. Wie ein Orkan erwehen die Kampfparolen der Massen, immer sich wiederholend, mit immer größerer Leidenschaft und Begeisterung aufzunehmen: »Heraus mit Dimitroff! Heraus mit Torgler! Heraus mit Thalmann! Sowjets auf der ganzen Welt! Und den Kampfparolen folgen die schon unvergesslichen Karaffellen, die wir

15 Jahre lang gesungen haben, die unsere Jugend in Deutschland auf den Versammlungen und Märschen sang bis die Bestien des Faschismus die letzten Reste der Freiheit im Blut erstickten. Schmerzlich und auftriefend zugleich, die alten Lieder in der fremden Sprache!

Aber sind auch die Worte fremd, es sind die gleichen revolutionären Arbeiter, besetzt von den gleichen Ideen, wie wir selbst, die Emigranten der proletarischen Revolution in Deutschland. 9 Uhr! Die prunkvolle Tribüne ist gefüllt. Neben den Vertretern der proletarischen Organisationen, sitzen die Vertreter der »guten Gesellschaft«, wobei das schöne Geschlecht — zwar nicht gerade in schönen Ausgaben — zahlreich vertreten ist. Denn so will es der Ratschluß der hohen stalinistische Bürokratie: Lords und Ladies, Dichter und Advokaten sind für die Beeinflussung der öffentlichen Meinung wichtiger als die proletarische Einheitsfront, der Kampfband der revolutionären mit reformistischen Arbeiter.

Henry Barbusse spricht. Große Worte, schöne Worte, sie huschen über die Massen hinweg wie Irtlichter, aber sie ergreifen sie nicht bis in die Tiefen, sie geben nicht Antwort auf die bange Frage der Arbeiter: »Was können wir praktisch tun, heute und morgen, nur die proletarischen Revolutionäre dem drohenden Henkerbeil zu entreißen. . . .« Und dann tritt ein ehrbarer alter Herr vor das Mikrophon. Vertreter der Liga für Menschenrechte. »Bürger«, beginnt er, »Genossen«, donnert der Saal zurück. »Genossen«, wiederholt der ehrbare Redner und der kleine weiße Ziegenbart zittert »Genossen« und dann beginnt er über die Diktatur im allgemeinen zu klagen. Aber die Massen sind wie elektrisiert. Das bürgerliche Publikum, auf der Tribüne provoziert sie. »Sowjet überall, antwortet der Saal auf die Wehklagen über alle Diktaturen.

Der weiße Bart unter dem wohlgenährten Kinn zittert noch heftiger. Jetzt holt der Redner zum letzten entscheidenden Trumpf aus: »Die Einheit aller Franzosen gegen Hitler. . . .« Weiter aber kommt er nicht. Das ist zuviel. Es ist wie eine Explosion. Rufe, Schreie, Pfiffe und dann löst sich alles in einem schallenden Gelächter auf. Die Arbeiter von Paris hassend den Faschismus, aber sie wollen nichts mit dem französischen Imperialismus zu tun haben. Nationale Einheit gegen Hitler! Die Massen kennen das Lied und das Leid das ihm folgt.

Ein zweiter Redner versucht das gleiche Spiel. Aber auch er muß abtreten, wie der erste. Es sprechen noch viele. Auch ein Redner der Sozialdemokratie. Die Stimmung im Saal ist geteilt. Die Massen sind nervös. Am Morgen hat die »L'Humanité« erklärt, kein sozialistischer Redner werde zugelassen, da sich die Sozialdemokratie nicht an der Kampagne beteiligt. Am Abend — angesichts der zahlreichen sozialistischen Arbeiter — läßt sich die engherzige Einstellung der »L'Humanité« nicht mehr aufrecht erhalten. Schließlich geht das Zwischenspiel reibungslos vorüber.

Und dann spricht Dimitrova, die Schwester Dimitroffs. Sie spricht nicht für Georgi Dimitroff, sie spricht für das kämpfende deutsche Proletariat, sie spricht für die geschlagene revolutionäre Partei, die trotz ihrer ungeheuren Fehler weiterlebt, weiterlebt durch den Kampf in der Illegalität und die Arbeiter, die ihr die Arbeiter behalten. Worte, die wie Hammerschläge klingen, anklagend und auftriefend. Sie spricht russisch. Aber die Massen folgen ihren Worten und sie unterbrechen sie mit jauchendem Beifall, wenn aus der fremden Sprache die bekannten Worte erklingen: der Name der revolutionären Partei, der Internationale, der Name der großen Idee für die die Arbeiter auf 5 Erdteilen kämpfen und sterben. Links und rechts von der Tribüne erheben in

Unter dem Druck der Massen war die KP zu einer Wendung gezwungen. Im November gab sie im Landesrat die feierliche Erklärung ab, daß sie gegen jede Angliederung der Saar an das faschistische Deutschland ist.

Diese plötzliche Wendung hat in einem Teil der Partei, der bisher besonders stark im nationalbolchevischen Stile gearbeitet hat, ungeheure Verwirrung hervorgerufen.

Stärkere Übergänge zum Faschismus sind in mehreren Teilen des Saargebietes zu verzeichnen. Von derselben Zersetzung ist auch die Brandiergruppe im Saargebiet ergriffen. Ein tragikomisches Beispiel ist dafür der Ort Ludweiler, wo die ehemaligen KP-Gemeindevortreter Pupp, Otten, Ulrich und Renollet, sowie die Brandieraner Becker und Reinhardt eine nationalistische Gruppe bilden, nachdem sie im Flugzeug einer Einladung zu Hitler und Göring gefolgt sind. Noch stärker sind die Zersetzungen bei der SP, in der sich die kleinbürgerlichen Elemente rechtzeitig zur NSDAP orientieren wie der Übergang der Hamburger SP zu den Faschisten zeigt.

Diese Zersetzungserscheinungen in der saarländischen Arbeiterbewegung sind sehr, sehr ernst; sie spiegeln die stürmische Offensive der Faschisten im Saargebiet wider der die ideologisch schwankende KP keinen genügenden Widerstand entgegenzusetzen vermag, während die SP bereits längst bei den Massen diskreditiert ist. Wenn die Dinge so weiter gehen, dann wird auch das Saargebiet in die Hände des Faschismus fallen und der Terror wird dort womöglich noch schlimmer wüten als im übrigen Deutschland, denn die Faschisten werden blutige Rache dafür nehmen, daß sie solange warten mußten, ehe sie die Schleusen des offenen Terrors öffnen konnten.

So ernst die Lage ist, sie ist noch keineswegs hoffnungslos. Wenn sich die Arbeiterklasse und ihre revolutionäre Vorhut des ganzen Ernstes der Lage bewußt wird, dann kann noch alles gerettet werden.

Die Entscheidung liegt bei der KP, die die Mehrheit des klassenbewußten Proletariats umfaßt. Daß sie nicht verloren ist, zeigt die Wendung im November für die Autonomie der Saar. Aber diese Wendung allein genügt nicht, um zur Gegenoffensive gegen die faschistische Sturmflut überzugehen ist mehr notwendig. Wir wollen hier nur kurz die wichtigsten Punkte skizzieren:

1. Eine gewaltige Kampagne für die Autonomie der Saar, gegen den deutschen und französischen Imperialismus muß unverzüglich organisiert werden.

2. Mit den freien Gewerkschaften, der SP, allen Arbeiterorganisationen müssen in allen Betrieben, in allen Orten, antifaschistische Kampfkomitês gegründet werden.

3. Eine wahrhafte Arbeitermiliz muß aufgestellt werden und gestützt auf das gesamte saarländische Proletariat den Terror der Faschisten planmäßig niederbrechen. Keine Versammlung, kein Aufmarsch, keine Fahne, kein Abzeichen des Faschismus darf im Saargebiet geduldet werden. Boykott aller Kaufleute, Aerzte usw. die als Faschisten bekannt sind.

4. Schärfster Kampf in den Schulen gegen die faschistische Ideologie.

5. Massenkampagne der klassenbewußten Arbeiter zur Gewinnung der zahlreichen katholischen Arbeiter.

6. Das Proletariat der Nachbarländer, insbesondere Frankreichs, Belgiens, Hollands und der Schweiz muß mit allen moralischen und materiellen Mitteln den Freiheitskampf des Saargebiets unterstützen.

Riesenformat die Photos von Dimitroff und Torgler und wieder erdröhnt, heiß und aufrüttelnd, der Gesang der »Internationale«.

Draußen ist es inzwischen Nacht geworden. Dunkel und drohend umgeben Polizeikordons von riesenhaftem Ausmaß das Gebäude. Langsam geht die Versammlung zu Ende. Die Massen fluten wieder zurück. Aber niemand hat ihnen gesagt, was sie zu tun haben, heute und morgen.

II.

Van der Lubbe

Das Reichsgericht von Leipzig hat das Todesurteil van der Lubbes am 23. Dezember 1933 verkündet. Wenn diese Zeilen gelesen werden, hat der Henker vielleicht das Todesurteil schon vollzogen. Es ist nicht Mitleid mit dem Schicksal des unglücklichen jungen Maurergesellen aus Leyden das uns veranlaßt, noch ein letztes Mal zu versuchen, das Rätsel um van der Lubbe zu lösen.

Von unseren ersten illegalen Flugblättern anfangs März unmittelbar nach dem Staatsstreich vom 23. Februar, bis zuletzt haben wir — als einzige marxistische Gruppe — die Auffassung vertreten, daß van der Lubbe kein faschistischer Provokateur, sondern ein irreführter Proletarier ist, der gefühlsmäßig auf der Seite der Arbeiterklasse steht und ohne es zu wissen, das Werkzeug des Faschismus wurde.

Die Tat van der Lubbes ist ein politisches und kein moralisches Problem. Wir haben nichts gemein mit der sittlichen Entrüstung der Spießer, die nach dem Henker schreien, weil ein öffentliches Gebäude in Brand gesteckt wurde. Wir lehnen die Tat van der Lubbes nicht aus moralischer Entrüstung, sondern aus politischer Überzeugung ab. Die Geschichte der

Das sind die wichtigsten Fragen, auf die es jetzt ankommt. Gelingt es Hitler an der Saar zu scheitern, so wird das von größter Bedeutung sowohl für die französische wie die deutsche Arbeiterklasse werden. Ein revolutionärer Aufbruch an der Saar würde die gefährlichen Hitlerfreundlichen Strömungen im

klassischen Autonomismus (Zeitschrift »Elze«) schwächen und gleichzeitig die Unzufriedenheit in Süd- und Südwestdeutschland kräftig verstärken. Die Saarfrage kann zum Ausgangspunkt für eine bedeutende Schwächung des Faschismus werden. E. P.

Zur Frage des Charakters der Sowjetgesellschaft

Von W. Bertram.

Am 1. Oktober 1933 hat Trotzki eine kleine Broschüre in französischer Sprache geschrieben, die den vielgelagerten Titel trägt: »Die 4. Internationale und die USSR«. Diese Broschüre versucht Antwort zu geben auf die vielen Zweifel und Fragen, die der neue Kurs Trotzki ausgelöst hat. Bedarf unsere Stellungnahme zu Rußland einer Revision?

Wenn die grundsätzliche Position der revolutionären Marxisten gegenüber der USSR die gleiche geblieben ist, wie ist es aber dann möglich, jetzt die Parole einer neuen Partei in Rußland herauszugeben? Hat nicht Trotzki selbst stets erklärt, daß eine neue Partei in Rußland zwangsläufig den Weg des Aufstandes beschreiten müßte. Hat er diesen Weg nicht kategorisch abgelehnt?

Das sind die Fragen, die Trotzki in seiner Broschüre zu beantworten versucht. Der erste Teil der Broschüre ist der Analyse des sozialen und politischen Charakters der Stalinschen Diktatur gewidmet; insbesondere das Kapitel über den Bonapartismus scheint uns besonders gelungen. Es deckt sich weitgehend mit den Auffassungen, wie wir sie zuletzt in unserer Presse anlässlich des 16. Jahrestages der Oktoberrevolution niedergelegt haben. Dagegen scheint uns die Polemik Trotzki gegen den sogenannten Staatskapitalismus falsch und von einer überraschenden Oberflächlichkeit.

Zur Frage des Staatskapitalismus und der Sowjetwirtschaft.

In einer Polemik gegen Urbahns, der die Sowjetwirtschaft einfach in die Kategorie des Staatskapitalismus einteilt, versteht sich Trotzki zu der Behauptung, daß Lenin den Begriff des Staatskapitalismus niemals für die Sowjetwirtschaft in ihrer Gesamtheit verwendet hat. Er schreibt:

»Den Ausdruck »Staatskapitalismus« gebrauchte Lenin tatsächlich, aber nicht für die Sowjetwirtschaft in ihrer Gesamtheit, sondern nur für einen bestimmten Teil von ihr: für die ausländischen Konzessionen, für die gemischten Industrie- und Handelsgesellschaften und für einen Teil der bäuerlichen, in hohem Maße »kulakischen Genossenschaft, die vom Staat kontrolliert wird.« (S. 15/16).

Die Frage nach dem Charakter der Wirtschaft ist keine »akademische« Streitfrage. Sie ist von ausschlaggebender Bedeutung für die Beurteilung der sozialen und politischen Prozesse in der Gesellschaft, die sich über dem ökonomischen Fundament erhebt. Darum ist die Frage, ob Lenin die Sowjetwirtschaft als eine staatskapitalistische oder sozialistische bezeichnete, von sehr großem aktuellen Interesse.

Es ist einfach unrichtig, wenn Trotzki bestreitet, daß Lenin den Begriff des Staatskapitalismus für die »Gesamtheit der Sowjetwirtschaft« verwendete. Lenin entwickelte an mehreren Stellen die Idee, daß die ökonomische und soziale Ordnung in der Sowjetunion, die sich auf dem Boden der Nep entwickelt, staats-

kapitalistisch sei, ein Staatskapitalismus besonderer Art, der von der proletarischen Staatsmacht kontrolliert werde. Im Zusammenhang mit der Freigabe des Handels — die bekanntlich gerade jetzt durch neue Dekrete wieder ausdrücklich bestätigt wurde — erklärte Lenin:

»Freiheit des Handels bedeutet Freiheit des Kapitalismus, es bedeutet eine neue Form des Kapitalismus, es bedeutet, daß wir dem Kapitalismus bis zu einem gewissen Grade neu schaffen. Wir tun das ganz offen. Es ist Staatskapitalismus. Aber Staatskapitalismus in einer Gesellschaft, in der der Kapitalismus die Staatsgewalt hat und Staatskapitalismus in einem proletarischen Staat sind zwei verschiedene Begriffe« (Rede auf dem 3. Weltkongress, 5. Juli 1921).

Lenin wandte, wie wir sahen, auf die Gesamtheit der Sowjetwirtschaft den Begriff des »Staatskapitalismus im proletarischen Staat« an und nicht nur auf die Konzessionen. Von diesen setzte er: »Die Konzessionen aber würden unter unseren Verhältnissen den reinen Typus, den Staatskapitalismus darstellen.« (Ueber das Genossenschaftswesen, Prawda, 26. Mai 1923).

Das heißt, sie sind innerhalb des Staatskapitalismus im proletarischen Staat die vollständigste Verkörperung des staatskapitalistischen Prinzips. Aber fallen unter dieses Prinzip etwa nicht die Kolchosen, die annähernd 15—20 Millionen bäuerliche Wirtschaften umfassen? Gewiß, Lenin dachte an eine solche Entwicklung des Genossenschaftswesens, daß sich die unteren Schichten des Dorfes genossenschaftlich mit Staatshilfe zusammenschließen und die Genossenschaft ein Instrument des bäuerlichen Klassenkampfes gegen die kulakische Spitze des Dorfes wird. Nur wenn man davon ausgeht, ist der Leninische Gedankengang verständlich, der von den Genossenschaften in dem oben erwähnten Artikel schreibt: »Sie unterscheiden sich nicht von den sozialistischen Unternehmungen, wenn sie auf der Grundlage des Staatseigentums, d. h. des Eigentums der Arbeiterklasse an Grund und Boden und an den Produktionsmitteln stehen.«

Die Kolchosen, die sich in den letzten 5 Jahren entwickelten, unterscheiden sich aber in grundsätzlicher Beziehung von den sozialistischen Unternehmungen. Sie umfassen das gesamte Dorf und besitzen durch die freie Verfügung über den Getreideüberschuß die Möglichkeit zur privaten Akkumulation. Sie stehen den gemischten Gesellschaften, die die Nep auf industriellem und kommerziellem Gebiete vorsah, näher als den sozialistischen Unternehmungen, der sozialisierten Industrie.

Ist eine »friedliche« Liquidierung der Bürokratie möglich?

Unser zweiter, viel wichtigerer Einwand gegen die neuen Auffassungen Trotzki, die in der soeben erschienenen Broschüre niedergelegt sind, betrifft ein

schwer brütet und der Haß der Entwurzelten nach politischem Ausdruck ringt.

Das ist das Milieu, in dem der Polizeikonfident sich an die Verzweifelten heranmacht, wo er für billiges Geld Kundschaften wirbt. Das war das Milieu, in dem die faschistischen Provokateure ihre Pläne ausführten. Marinus van der Lubbe war kein Politiker, nicht einmal im Sinne der Sektenpolitiker des Anarchismus. Wie ein junges, wildes Tier rüttelte er an den Gitterstäben der Gesellschaft. Das war der Mann, denn die faschistischen Provokateure brauchten. Sie erkannten in dem verzweifelten unreifen Jungen das richtige Instrument. Sie schlossen sich ihm an.

Kein Zweifel: Van der Lubbe glaubte eine Gruppe Gleichgesinnter zu schaffen, während er in Wirklichkeit das Opfer einer faschistischen Provokateurbande war. Als er in den Reichstag eindrang, war der Brand bereits sorgfältig vorbereitet.

Van der Lubbe gab vor dem Gericht sein Geheimnis nicht frei, denn er glaubte an seine Gefährten.

Vielen erscheint das Verhalten van der Lubbes vor dem Gericht rätselhaft, unverständlich, widerspruchsvoll. Viele stellen den frapperenden Widerspruch zwischen dem aktiven, aufrechten Attentäter, der am 28. Februar im Berliner Polizeipräsidium eingeliefert wurde und dem zusammengekrümmten, scheuen Angeklagten, vor dem Reichsgericht fest. Von diesem Widerspruch stammt die Legende von der Vergiftung van der Lubbes.

Die völligen Veränderungen in dem Verhalten van der Lubbes sind politisch leicht erklärlich. Er glaubte ein revolutionäres Signal zu geben, ein Menetekel für die Herrschenden und gleichzeitig für die — nach seiner Meinung — verfallene kommunistische Partei.

Er gab ein Signal — aber es war das Signal für den Blutterror des Faschismus. Die Proletarier blie-

ranz anderes Gebiet, die Perspektive des Kampfes zwischen Proletariat und Bürokratie in der USSR.

Die Frage »Ist eine friedliche Liquidierung der Bürokratie möglich« stellend, antwortet Trotzki:

»Um die herrschende Clique zu stürzen, gibt es keine normalen konstitutionellen Wege. Die Bürokratie zwingen die Macht der proletarischen Avantgarde, zu übergeben vermag man nur mit Gewalt. Für die neue proletarische Partei kann sich die Frage der Machtergreifung nur in dem Zeitpunkt stellen, an dem sie die Mehrheit der Arbeiterklasse um sich sammeln wird. Mit dem Übergang des Proletariats zur Aktivität, wird der stalinistische Apparat in der Luft hängen. Wenn er dennoch versucht, Widerstand zu leisten, wird er gegen das Proletariat keine Bürgerkriegsmaßnahmen, sondern vielmehr polizeiliche Maßnahmen treffen. Auf jeden Fall handelt es sich nicht um einen Aufstand gegen die proletarische Diktatur, sondern um die Beseitigung des schädlichen Auswuchses, der auf ihr wuchert.« (S. 26).

Wie immer Trotzki das hier aufgestellte Prinzip der Gewaltanwendung zum Sturz der Stalinischen Gruppe einschränken, kommentieren und umschreiben mag, er rutscht mit beiden Füßen auf die schiefe Ebene der zweiten Revolution ab.

Hier ist der Punkt, wo das ganze System der bisherigen Trotzki'schen Konzeption zusammenbricht: das Prinzip der Reform der proletarischen Diktatur.

Man kann nicht den Weg der Reform der Sowjetmacht verkünden, wenn man gleichzeitig an die Gewalt zum Sturz der Stalinischen Gruppe appelliert. Man kann die zweite Revolution nicht verleugnen, in dem man von der Stalinischen Gruppe behauptet, sie werde nur »Polizeimaßnahmen« treffen. Die Dialektik wird zur Rabulistik, wenn sie beweisen will, wo der Bürgerkrieg beginnt und wo die Polizeimaßnahmen aufhören.

Selbst wenn Trotzki sich scheut, das Prinzip der zweiten Revolution aufzustellen, selbst wenn er die Anwendung des Bürgerkriegs zum Sturz der Stalinischen Gruppe nicht offen proklamiert, seine Anhänger sind gezwungen, die diplomatischen Schleier fallen zu lassen. Der »Führer« der SHP in Paris hat mehr als einmal in der Diskussion erklärt, daß Trotzki für den Bürgerkrieg gegen Stalin ist. Wenn er auch damit den Gedankengang Trotzki's vergrößert, so verfälscht er ihn mit dieser »Propaganda« im Wesen nicht.

Wir lehnen die »neue Idee« Trotzki's kategorisch ab. Wir haben im April bereits signalisiert, wohin

hen stumm, mußten angesichts dieser abenteuerlichen Tat stumm bleiben, jene aber, die sich van der Lubbe bedienten, die Faschisten landeten.

Die Wirkung seiner Tat blieben van der Lubbe nicht unbekannt. Er erkannte wohl nicht, daß er als Werkzeug faschistischer Provokateure gehandelt hatte, aber er sah mit dem fassungslosen Entsetzen des Zauberverlehrings, die Mächte die er entfesselt hatte, am Werke.

Daran zerbrach er innerlich. Der Glaube an seine Tat zerflatterte. Aber neue Erkenntnisse blieben ihm versagt; er versank in dumpfe Verzweiflung. Wie ein müdes, zu Tode gehetztes Tier, forderte er von den Richtern ein rasches Ende.

Van der Lubbe ist nicht verantwortlich für seine Tat und nicht für ihre Folgen. Verantwortlich für ihn ist eine Gesellschaft, die die Arbeiteten zum Hungern verurteilt, eine Gesellschaft, die zum Klassenhaß ständig aufreizt und deren Klassenkultur es den Unterdrückten erschwert, zur Erkenntnis zu gelangen.

Die Folgen seiner Tat, die Entfesselung des heftigsten Terrors, sind nur scheinbare Folgen seiner Tat. Die Maschine des Terrors war bereits längst angekurbelt: Van der Lubbes Tat wurde nur von den Regisseuren des Reichstagsbrandes zur massenpsychologischen Vorbereitung des Terrors benützt.

Wieviel schuldiger daran, daß dieser Terror heute hemmungslos in Deutschland wütet, sind doch jene »berufenen Führer« des deutschen Proletariats, die alles, alles versäumt hatten, um den Widerstand des Proletariats zu organisieren — oder die sich dem Versuche des Widerstandes sogar entgegenstehen, wie die Führer der SPD.

Die Schale der Schuld des unreifen, unglücklichen van der Lubbes wiegt unendlich leichter als, jene des erfahrenen Emigranten Otto Wels.

III.

Briefe van der Lubbes

Zwei Dokumente einer nihilistischen Entwicklung.

Wir veröffentlichen an dieser Stelle zwei Briefe, bzw. Auszüge aus zwei Briefen van der Lubbes. Der erste Brief — an einen holländischen Freund geschrieben — stammt aus dem Jahre 1931. Er ist überaus charakteristisch. Dem Druck der kommunistischen Massenbewegung vermag sich selbst der junge Anarchist nicht zu entziehen. Der zweite Brief ist einer Serie Briefen aus dem Gefängnis entnommen, die van der Lubbe an seine holländischen Freunde richtete. Dieser Brief ist mehr als ein Monat nach dem Reichstagsbrand geschrieben. Er zeigt, wie sich van der Lubbe in den zwei Jahren und — vielleicht am stärksten seit seiner Tat — innerlich zersetzt. Individualistisch und mystisch ist sein Denken ge-

der Weg führt, wenn einmal der Weg der neuen Partei in Deutschland beschritten wird. Die neue Entwicklung der Trotzki'schen Konzeption hat alle unsere Voraussagen bestätigt.

Wie wir bereits in unserem Artikel anlässlich des 16. Jahrestages der Oktoberrevolution ausgeführt haben: wir bleiben unseren Ideen treu. Wir setzen unsere Hoffnung nicht auf eine neue Partei in Rußland und nicht auf die Gewalt, zum Sturz Stalins, die inneren Kräfte der russischen Revolution reichen zu einem neuen Aufschwung der Revolution nicht mehr. Der neue Aufschwung in Rußland kann nur von einem neuen Sieg der proletarischen Revolution im Westen herkommen. Ein solcher Sieg — z. B. in Deutschland — sei es mit der alten, erneuerten Partei, sei es mit einer neuen Revolutionspartei, wenn eine solche notwendig werden sollte — würde einen gigantischen Aufschwung der russischen Arbeitermassen hervorrufen. Die bolschewistische Partei würde durch diese neuen Ströme aus ihrer Agonie emporgerissen werden. Die besten Teile des Zentrismus würden sich zu den Massen schlagen, die Linken würden mit Sturmschritten in der Partei anwachsen. Eine innere Revolution in der Partei, eine geistige Revolution würde beginnen. Die Partei würde von Stalin Rechenschaft verlangen. Die Partei würde ihre Rechte zurückerobern, die ihr der Apparat geraubt hat. Sie würde auch die Kraft besitzen, Rebellen, die der Partei den Gehorsam künden wollen, niederzuschlagen, mögen sie Stalin heißen oder Woroschilow. Die Frage wäre nicht gestellt, die neue Partei erobert auf dem Wege der Gewalt die Macht, die die alte bolschewistische Partei besitzt. Das ist der Bürgerkrieg gegen die proletarische Diktatur. Sondern die Frage heiße, die Partei erobert ihre Macht zurück und ruft — wenn notwendig mit Gewalt — jene zur Ordnung, die ihr Widerstand leisten wollen, die den Weg der Gegenrevolution einzuschlagen versuchen.

Die Entscheidung darüber fällt nicht in Moskau, sie fällt im Westen. Sich selbst überlassen, ist die russische Revolution verloren, mit der alten Partei und mit der neuen Partei, die Trotzki propagiert.

Spendet Preßfonds!

worden. Der Glaube an die Masse und ihre Entwicklung ist erstorben. Völlige Entpolitisierung, mehr noch, Abkehr von allen geistigen Problemen wird bei ihm sichtbar. Alles ist verloren. War ursprünglich die Tat das Signal zur Aktion, so verwandelt sie sich jetzt in seinem Bewußtsein zum Auftakt des Unterganges, der Zerstörung, die den Weg für die Kommenden ebnet soll. Die Menschen sind noch nicht reif, sie denken nur an sich selbst — »wir alle sagen nicht« — wir sind alle schuld.«

Zerbrochen und verzweifelt schwärmt er von einer fernen glückseligen Arbeit im Frieden, fern vom Kampf der Parteien, Menschen und Ideen.

Van der Lubbe, der vor den Richtern stand, war längst bereits tot, ausgebrannt — — —

Berlin, 22. IV. 1931.

... Du schreibst über die stattgehabten Zusammenstöße und sagst, Du kannst deren Sinn nicht verstehen. Ich rate Dir, halte Dir ein wenig die gegenwärtige politische Lage vor Augen, sowie sie wirklich ist:

Die Beziehungen zwischen den Klassen zugespitzt denn je, die Bourgeoisie im Lager des Faschismus, in der Partei Hitlers (die Sozialdemokratische Partei nicht zu vergessen).

Auf der anderen Seite die Arbeiterklasse, am Vorabend der proletarischen Revolution, verkörpert durch die KPD und alle ihr angehörigen revolutionären Organisationen.

Siehst Du, diese Toten fallen nicht im Bruderkampf. Es ist ein Kampf der Arbeiter gegen die Brünningschen Notverordnungen, für Brot und Arbeit. Sie fallen unter dem Eisen des Faschismus, so sind sie in Haum, in Düsseldorf, in Wiesbaden gefallen.

Nicht im Kampf wie Liebknecht u. a. Das ist wahr. Antworte mir, Genosse, ich bitte Dich, dass Du das verstehst. Und glaube mir, dass die Arbeiter sich nicht nur mit den

Achtung!

An unsere Abonnenten!

Unsere dringende Mahnung an die säumigen Zahler in der letzten Nummer hat nur teilweisen Erfolg gehabt. Wir sehen uns gezwungen, unseren einmal gefassten Entschluss durchzuführen und allen jenen Abonnenten die Zusendung des Blattes einzustellen, die mit drei und mehr Vierteljahrsbeträge im Rückstande sind und innerhalb 14 Tagen nicht bezahlen. Wir senden allen diesen säumigen Abonnenten mit dieser Nummer nochmals einen Scheck als letzte Mahnung zu.

Wir appellieren auch an alle übrigen Abonnenten, ihre Rückstände und fälligen Abonnement - Beträge ehestens einzusenden.

Die Administration

Sichert Euer Blatt!

Eigentümer, Herausgeber: Karl Daniel, Metallarbeiter, Wien, V., Gartengasse 1. — Verleger und verantwortlicher Redakteur: Josef Güttel, Holzarbeiter, Wien, XXI., Strzegkagasse 4. Druck: »Edelhof«-Druckerei (Welimir v. Schewen), Wien, II., Allfierterstraße 1. — Telefon R-46-4-26.

Parolen der Führer gegen den Faschismus wehren werden, sondern dass sie sich spontan als Klasse hinter die KPD stellen werden.

Freue Dich darüber, denn es ist ein Beweis, dass sie sich für Sowjetdeutschland und nicht für die faschistische Diktatur entschieden haben, und ehre die, die im Kampf gegen den mörderischen Faschismus gefallen sind. Für den Tod unserer Genossen und für unsere Helden, die in früheren Kämpfen gefallen sind, sagen wir dem Kapitalismus ewigen Kampf an...

Berlin, 7. IV. 1933.
Alt-Moabit.

Lieber Genosse!

...Ich habe alles gelesen, was Du zur Frage der Presse sagst. Ach was! Man muss darüber nicht allzu erstaunt sein. Die Presse herrscht über die Presse und sie schreiben was sie will. Nicht nur die Führer, wir alle, wir sagen »ich!« Wir sind alle schuldig. Wir kehren immer zu demselben Punkt zurück und so handeln auch die Massen. Und so fühlen wir es, indem wir zerstören. Andere mögen binden, aufbauen. Seien Sie das Gewissen dessen was war, ist und sein wird. Man wird von arbeiten können als Mensch.

Oh Arbeit!

Nicht die Parteien - Leben oder Sterben
Nicht Thesen - Gewinnen oder Verlieren!

Nicht Worte!

Nicht das Sein!

Alles ist ein Recht zur Wahrheit!
Das Leben ist nur möglich durch Arbeit. So ist das Leben nichts anderes als Arbeit. Ohne Arbeit - kein Leben!